

Handelsblatt print: Heft 168/2022 vom 31.08.2022, S. 8 / Politik

STUDIE

Klimaschutz in der Krise

Deutsche Firmen geben wenig Geld für neue klimaschonende Maschinen und Fahrzeuge aus. Deutschland könnte eine Deindustrialisierung drohen.

In der deutschen Wirtschaft klafft infolge von Coronakrise und Ukrainekrieg eine riesige Investitionslücke. Ohne die beiden Krisen hätten die deutschen Unternehmen 70 Milliarden Euro mehr investiert. Das zeigt eine Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, die dem Handelsblatt vorliegt.

Und Besserung ist kaum in Sicht. Nur 36 Prozent der deutschen Unternehmen wollen laut einer IW-Umfrage mehr investieren, ein Viertel weniger. Die Werte sind damit fast so schlecht wie im Frühjahr 2021 zur Hochphase der Coronapandemie. Michael Grömling, IW-Konjunkturchef, sagt: "So lange wie jetzt haben wir wohl noch nie eine Investitionslücke vor uns hergetragen."

Die Zurückhaltung betrifft zunehmend auch Investitionen in klimaschonende Maschinen und Fahrzeuge. Nur 35 Prozent der Firmen geben die Dekarbonisierung des eigenen Betriebs als Investitionsgrund an. Laut Grömling ist das ein deutlicher Rückgang und ziemlich überraschend: "Wir hatten erwartet, dass die Investitionen in Dekarbonisierung hochgehen."

Laut Experten baut sich für die deutsche Wirtschaft offensichtlich ein Teufelskreis auf. Denn gleichzeitig sollen die CO₂ - Preise zum Schutz des Klimas stetig weiter steigen. Je weniger die Unternehmen in Dekarbonisierung investieren, desto teurer werden für sie jedoch die CO₂ - Belastungen. Aufgrund der aktuell hohen Energiepreise bleibt aber kaum Geld für die notwendigen Investitionen.

Der Investitionsbedarf zur Dekarbonisierung ist enorm. Die staatliche KfW-Förderbank schätzt ihn jährlich auf 72 Milliarden Euro bis 2045. Martin Gornig, Forschungsdirektor Industriepolitik am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), warnt: "Stellen die Unternehmen infolge der gebremsten Investitionen kaum auf klimaneutrale Technologien um, könnten die Belastungen aus dem CO₂ - Preis für viele nicht dauerhaft auszuhalten sein."

Hoher Druck auf Industrie

"Bleiben die Energiepreise dauerhaft auf diesem hohen Niveau, nimmt langfristig der wirtschaftliche Druck zur Schließung von Produktion in Deutschland zu", sagt Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie (VCI).

Es gilt allerdings als unwahrscheinlich, dass die Politik eine Deindustrialisierung zulassen würde. DIW-Ökonom Gornig sagt: "Deutschland kommt an einer aktiven Industriepolitik, die direkt Investitionen anreizt, nicht mehr vorbei."

Auch der IW-Konjunkturforscher Grömling meint: Die deutsche Industrie werde die Herausforderungen "in Anbetracht der aktuellen Sonderbelastungen nicht stemmen können, die Lasten wird die Gesellschaft mittragen müssen".

Bund hilft bei Lücken

Das Bundeswirtschaftsministerium arbeitet bereits an einer Unterstützungsmaßnahme für die Industrie in großem Stil: den Differenzverträgen. Dabei übernimmt der Bund die Lücke zwischen den Mehrkosten für den Einsatz grüner Produktionstechniken gegenüber herkömmlicher Produktion. Wenn die Kosten der neuen Anlagen über die Jahre so weit sinken, dass sie günstiger als die alten sind, zahlen die Unternehmen die Hilfen an den Bund zurück.

Zehn Milliarden Euro pro Jahr will der Staat zu Beginn zur Verfügung stellen. Dieter Janecek, wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen, sagt: "Gerade in der Krise ist es unsere Aufgabe, die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bestmöglich zu fördern."

Doch die Probleme könnten über die akute Krise bestehen bleiben. Die hohen Energiepreise sind nicht nur Folge des Krieges, das Preisniveau steigt schon seit Jahren. Lag der Industriestrompreis in Deutschland 2010 noch bei etwa zehn Cent je Kilowattstunde, schnellte er bis 2021 um gut 50 Prozent in die Höhe. Die Wirtschaft muss sich auf dauerhaft höhere Preise einstellen.

Es stellt sich die Frage, ob es ökonomisch sinnvoll und überhaupt bezahlbar ist, die Wirtschaft über einen langen Zeitraum zu stützen. Der Ökonom Christian Bayer von der Universität Bonn sagt: "Eine gewisse Deindustrialisierung in Deutschland beziehungsweise ein industrieller Strukturwandel muss langfristig kein Drama sein."

So sei es ökonomisch nur logisch, wenn sich Produktionsstätten dorthin verlagern, wo die Energiequellen sind. Das würde bedeuten, dass sich die energieintensive Industrie in Zukunft nicht mehr in Deutschland ansiedelt, sondern dort, wo es viel **Solarenergie** und Wasserstoff gibt.

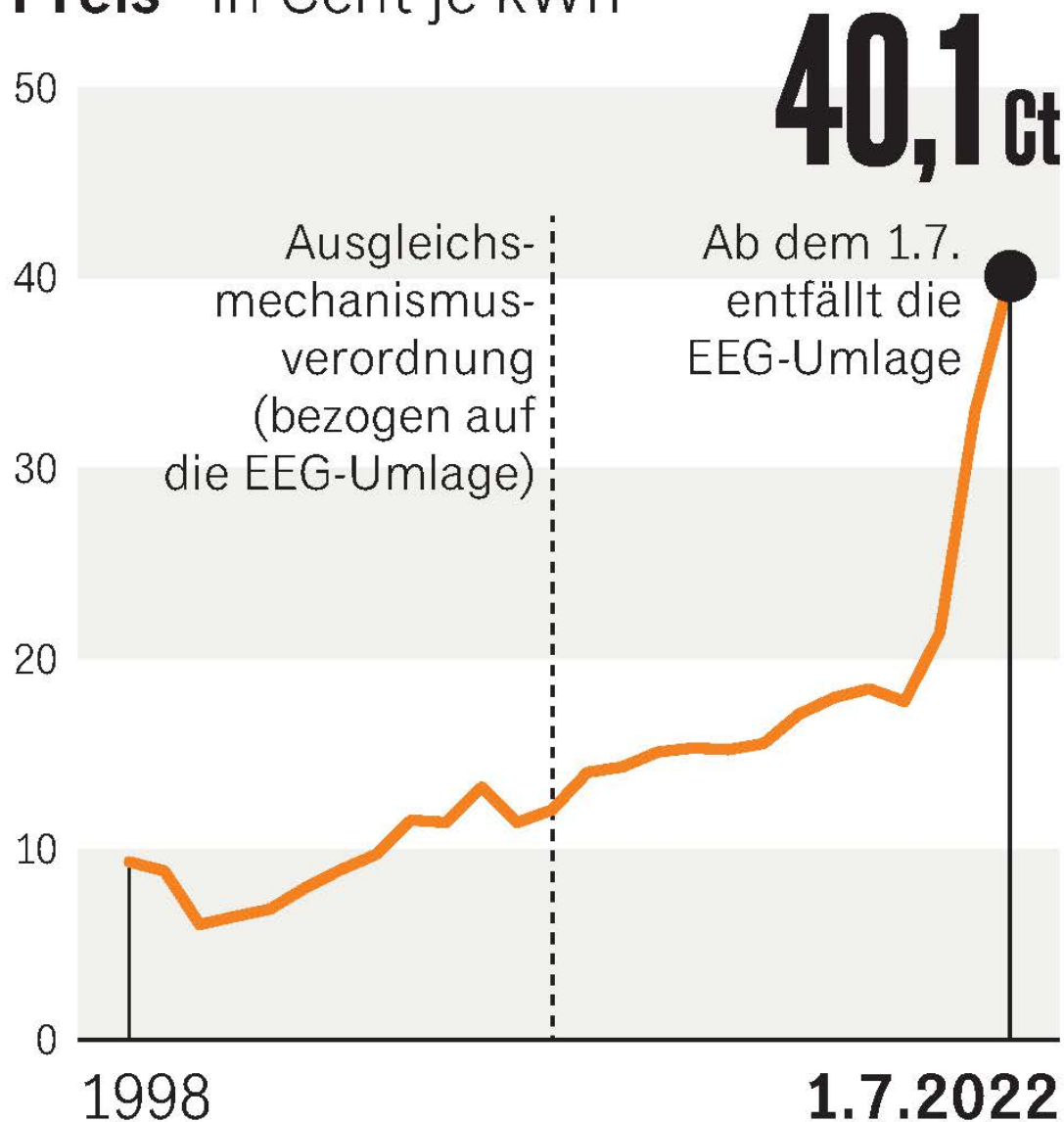
Ökonom Bayer fragt: "Was spricht dagegen, in Zukunft Stahl aus Ägypten oder Ammoniak und darauf basierenden Dünger aus Namibia zu importieren?"

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Gerade in der Krise ist es unsere Aufgabe, die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bestmöglich zu fördern. Dieter Janecek Wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen

Industriestrom in Deutschland

Preis* in Cent je kWh



*Mittelspannung (Abnahme von 100 kW/1.600 h bis 4.000 kW/5.000 h; Jahresverbrauch

HANDELSBLATT • Quellen: BDEW, BV der Energie-Abn.

Handelsblatt Nr. 168 vom 31.08.2022

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

*Energiebranche: Strom - Preisentwicklung für Industriestrom in Deutschland in Cent je kWh 1998 bis 01.07.2022
(MAR / Grafik)*

Olk, Julian

Quelle: Handelsblatt print: Heft 168/2022 vom 31.08.2022, S. 8

Ressort: Politik

Dokumentnummer: C346096F-D044-402E-B442-A0BBA394C6A5

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_C346096F-D044-402E-B442-A0BBA394C6A5%7CHBPM_C346096F-D044-402E-B442-/

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH